

Bremen zögert bei Fahrverbot für Diesel

Senat will das Hamburger Modell noch nicht übernehmen – Zulassungszahlen für Selbstzünder stark rückläufig

Bremen. Hamburg will Fahrverbote für Dieselaufos auf zwei Straßen erlassen – und Bremen könnte nachziehen. „Wenn wir uns die Messwerte anschauen und sehen, dass sie signifikant überschritten werden, können wir ein Fahrverbot aussprechen“, sagt Jens Tittmann, Sprecher von Umweltsenator Joachim Lohse (Grüne). Seit Jahren sind zu viele Stickstoffoxide in der Luft, sie entstehen bei Verbrennungsprozessen, vor allem in Dieselmotoren. In Bremen geht es dabei vor allem um den Verkehr rund um die Kreuzung Am Dobben. Bisher hat der Senator für Umwelt kein Fahrverbot für die Straße ausgesprochen, obwohl Bremen die rechtlichen Möglichkeiten dazu hätte. Das zeigen Gerichtsurteile und eine Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen im November 2016. Dort heißt es, nach dem Straßenverkehrsrecht können von der Behörde „streckenbezogene Anordnungen“ getroffen werden, darunter auch ein Durchfahrtsverbot für bestimmte Dieselaufos. Die Umweltschutzorganisation Deutsche Umwelthilfe (DUH) hatte unter anderem die Stadt Düsseldorf erfolgreich verklagt, weil dort immer wieder der Grenzwert überschritten wurde. Der liegt bei 40 Mikrogramm pro Kubikmeter im Jahresdurchschnitt. Die DUH forderte die Städte auf, ihre Luftreinhaltepläne umzusetzen. Diese Pläne müssen Städte erstellen, wenn zu viele Schadstoffe in der Luft sind. Bremen gehört dazu. Trotzdem bleiben die Stickstoffwerte weiter oben, im Gegensatz zum Feinstaub, der mit Einführung der Umweltzonen zurückgegangen ist.

Die Experten beim Senator für Umwelt seien deswegen lange ratlos gewesen, sagt Tittmann. Bis der Automobilhersteller VW mit seinen manipulierten Messungen aufgefliegen sei und klar war, dass die Abgase der Diesel viel höher seien als gedacht. Tittmann weist deswegen die Schuld vom Umweltsenator. „Wir sind nicht die Bösen. Die Autoindustrie hat ihre Kunden und Bürger betrogen.“ Er zweifelt, ob der Vorstoß des Hamburger Senats Sinn macht, weil er nicht weiß, wie die Verbote funktionieren sollen. Entweder werden Polizeikontrollen Staus verursachen oder der Senat müsste ein generelles Fahrverbot aussprechen.

Jan Dube, Sprecher des Senators für Umwelt in Hamburg, sagt, dass die Kontrolle bei Polizei und Ordnungsamt liege, die anfangs intensiver, später stichprobenartig Autos kontrollieren sollen. Wie genau sie das umsetzen werden, sei noch unklar.

Auch wenn Hamburg mit dem Vorstoß die Initiative ergreift, eine Sache vereint die Hansestadt mit Bremen und anderen Kommunen. „Sie warten“, sagt Dorothee Saar von der DUH. Entweder auf das Urteil des Verwaltungsgerichtes in Leipzig, das entscheide, ob Düsseldorf tatsächlich Gebiete für Dieselfahrzeuge sperren kann.

Oder sie warten darauf, dass sich die Verkehrsminister der Bundesländer entschließen, eine blaue Plakette für Autos auf den Weg zu bringen. Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) hat vorgeschlagen, dieses Abzeichen für Autos mit geringem Stickstoffoxid-Ausstoß zu verwenden. Die Verkehrsminister finden allerdings, die Plakette sei noch nicht entscheidungsreif. So steht es in der Kleinen Anfrage der Grünen im Bundestag vom November 2016. In Bremen sei beim Senator für Umwelt diskutiert worden, eine rein bremische blaue Plakette einzuführen, sagt Tittmann. Das Problem: die Pendler. „Niedersachsen als Heimatland von VW sperrt sich dagegen, die Last tragen dann die Bremer.“ Denn hier wäre der größte Teil der Diesel betroffen. In Bremen gibt es 284 484 Pkw, jeder Dritte ein Diesel. Das zeigt die Statistik des Kraftfahrbundesamtes vom Januar 2016. Von diesen 87 300 Diesel erfüllen nur 11 139 die Euro-6-Norm. Für bessere Luft könnte aber bald nicht nur ein Fahrverbot sorgen. Der Diesel selbst ist immer weniger attraktiv, teilt das Kraftfahrbundesamt mit. Im April sackte die Zahl der neu zugelassenen Fahrzeuge im Vergleich zum Vorjahresmonat ab, um 19,3 Prozent. Ein Grund war der schwächere Automarkt. Im bisherigen Jahresverlauf war der Rückgang bei den neuen Dieseln mit einem Minus von 8,1 Prozent aber auch spürbar. Die Unternehmensberatung Ernst & Young glaubt, dass sich der Abwärtstrend fortsetzt.
